**MZ 2.7.14**

**Gespräche mit Ministerium: Der Ausbau der B51 rückt näher**  
  
MÜNSTER Neue Chance für die B51: Das Bundesverkehrsministerium soll den Ausbau der Bundesstraße möglichst noch in diesem Jahr anfinanzieren. Das ist das Ziel einer politischen Initiative der beiden CDU-Bundestagsabgeordneten Sybille Benning (Münster) und Reinhold Sendker (Warendorf). Und die Chancen stehen gut.   
  
Im Jahr 47 nach Beginn der Ausbauplanung könnte damit der vierspurige Ausbau zwischen Wolbecker und Warendorfer Straße Wirklichkeit werden. Die Industrie- und Handelskammer schätzt die Chancen auf einen Finanzierungsstart noch in diesem Jahr auf 50:50.  
  
Das klingt nach nicht viel. Doch nach den vielen ernüchternden Signalen der vergangenen Jahre aus Berlin ist die Ausgangslage inzwischen gut. Denn Benning und Sendker stehen im Gespräch mit dem Staatssekretär des Verkehrsministeriums, Enak Ferlemann. Ihr Ziel: Ein Gesamtpaket schnüren aus B51 und einem Straßenbauprojekt in Ostwestfalen.  
  
Die dortige B611 ("Knickstraße") zwischen Exter und Löhne soll ebenfalls ausgebaut werden. Aus münsterscher Sicht problematisch: Die Straße liegt im Wahlkreis von Steffen Kampeter, des parlamentarischen Staatssekretär des Finanzministeriums.  
  
Konkurrenz-Projekt  
  
Die Befürchtung ist groß, dass das Ostwestfalen-Projekt zwischen Kampeter und Ferlemann quasi auf dem kleinen Dienstweg durchgewunken wird, und die B51 auf der Strecke bleibt. Wird die Konkurrenzsituation nicht aufgelöst, habe Münster "keine Chance", heißt es in politischen Kreisen.  
  
Doch angesichts der derzeitigen Gesprächslage ist auch Jochen Brendel, bei der Industrie- und Handelskammer in Münster für die Verkehrspolitik zuständig, vorsichtig optimistisch. Er hält eine Anfinanzierung des B51-Ausbaus in diesem Jahr für möglich – und rechnet dann auch damit, dass das Projekt in den nächsten Jahren je nach Baufortschritt durchfinanziert wird.  
  
  
Es wäre ein Meilenstein für eines der größten Verkehrsprojekte der Neuzeit in Münster: Nach 44 Jahren Planung will die Bezirksregierung im September den vierspurigen Ausbau der Umgehungsstraße bis zum Schifffahrter Damm genehmigen. Das bestätigte die Behörde jetzt der MZ. Doch noch gibt es große Hindernisse. mehr...  
  
Den Durchbruch hat offenbar ein Gespräch zwischen Benning, Sendker und Ferlemann am Rande der Einweihung der münsterschen Schleuse gebracht. Ferlemann sei zwar sehr reserviert gegenüber einer Anfinanzierung noch in diesem Jahr gewesen. Gleichwohl wolle man jetzt probieren, "wenigstens eine kleine finanzielle Tranche" schon in diesem Jahr zur Verfügung zu stellen. Benning bestätigte die Gespräche mit Ferlemann, ebenso Sendker.  
Schnellerer Klage-Termin  
  
Sollte in diesem Jahr noch Geld fließen, würde sich wohl auch die Klage der St.-Mauritz-Anlieger gegen den Ausbau beim Oberverwaltungsgericht beschleunigen. Die Anlieger fordern einen Tunnel, um den Lärm zu mindern. Das Verfahren würde dann schnell terminiert, die Klage vermutlich abgelehnt, vermuten Insider

**Gericht will über B51-Ausbau schon dieses Jahr entscheiden**  
  
MÜNSTER In die Ausbaupläne für die Bundesstraße 51 (Umgehungsstraße) kommt Bewegung. Das Oberverwaltungsgericht Münster will noch in diesem Jahr über vier Klagen von Anwohnern entscheiden. Das bestätigte Gerichts-Sprecher Ulrich Lau am Dienstag. Damit könnte der Ausbau der Umgehungsstraße eventuell schon 2014 starten.  
  
Dies allerdings nur, wenn das Gericht die Klagen der Anwohner aus St. Mauritz abweist – und wenn der Bundesverkehrsminister das entsprechende Geld rechtzeitig zur Verfügung stellt. Dies war bisher unter Verweis auf das noch ausstehende Urteil nicht geschehen.  
  
Der Landesbetrieb StraßenNRW rechnet nicht damit, dass sich das Projekt durch Geldmangel verzögern könnte. "Bei anderen Projekten hat das immer geklappt", hatte Chef-Planer Christian Schulze-Erdel bereits 2011 unserer Redaktion gesagt. Die Bausumme beläuft sich auf rund 85 Millionen Euro.  
  
Tunnel oder nicht?  
  
Welche Sprengkraft allerdings die Anlieger-Klagen haben, ist ungewiss. Die Kläger fordern, dass die dann vierspurig ausgebaute Bundesstraße 51 in Richtung Warendorfer Straße in einem Tunnel verschwinden soll, um weniger Lärm zu erzeugen. Das Land NRW hat dies stets abgelehnt, aus Kostengründen. Dafür aber gleichzeitig den Lärmschutz der tiefergelegten Straße verstärkt.  
  
Die Anlieger samt ihres Rechtsanwaltes Phillip Heinz sind dennoch siegesgewiss. Denn Heinz hat im Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung – also der "Baugenehmigung" – einen großen Mangel entdeckt, wie er sagt. Die Behörde habe für den Ausbau keine aktuelle Umweltverträglichkeitsprüfung vorgelegt, sondern beziehe sich auf einen alten "landschaftspflegerischen Begleitplan", der damals schon 20 Jahre alt war.  
  
Vier Klagen an einem Tag verhandelbar  
  
Rechtsanwalt Heinz ist überzeugt, mit diesem Argument den Ausbau stoppen zu können – oder die Behörde zu Nachbesserungen zwingen zu können. Sie hatte den Anliegern bereits vor drei Jahren eine Entschädigung zugesichert, weil die neue vierspurige B51 neuen Lärm mit sich bringe, der durch Lärmschutz nicht zu vermeiden sei.  
  
Gerichts-Sprecher Ulrich Lau geht davon aus, dass die vier Klagen innerhalb von einem Tag verhandelt werden – inklusive abschließendem Urteil.